



Integrationsausschuss

67. Sitzung (öffentlich)

1. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:38 Uhr bis 15:34 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler-Deppe (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1	Gesetz zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes NRW und Änderung weiterer Vorschriften	8
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/13663 Vorlage 17/5487 – Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen (Votum) – keine Wortbeiträge Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.	

- 2 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmengesetzes und zu Ausgleichszahlungen für geduldete Personen 9**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14244
- Stellungnahme 17/4213
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.
- 3 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz – TIntG) 10**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14243
- Stellungnahme 17/4212
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, am Freitag, dem 1. Oktober 2021, eine Sachverständigenanhörung durchzuführen.
- 4 Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts dringend erforderlich – Doppelte Staatsbürgerschaft ausnahmslos ermöglichen 11**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12375
- Ausschussprotokoll 17/1426 (Anhörung am 12.05.2021)
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

5 Staatliche Kooperation und Finanzierung von islamistisch beeinflussten Islamverbänden auch auf Landesebene einstellen – Der Unterwanderung von Parteien wirksam entgegenwirken **13**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13761

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

6 Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken **14**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7914

Ausschussprotokoll 17/1147 (Anhörung in HPA, IA, ASB und IntA am 01.10.2020)

in Verbindung mit:

NRW braucht einen Masterplan gegen Rechtsextremismus

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8778

Ausschussprotokoll 17/1147 (Anhörung in HPA, IA, ASB und IntA am 01.10.2020)

in Verbindung mit:

Ein Gesamtkonzept gegen Rassismus und Rechtsterrorismus jetzt – für eine Einwanderungsgesellschaft ohne Diskriminierung und Hetze

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8746

Ausschussprotokoll 17/1147 (Anhörung in HPA, IA, ASB und IntA am 01.10.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD Drucksache 17/7914 – „Fit für Demokratie“ – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD Drucksache 17/8778 – „NRW braucht einen Masterplan gegen Rechtsextremismus“ – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Grünen Drucksache 17/8746 – „Gesamtkonzept gegen Rassismus und Rechtsterrorismus“ – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 Lehren aus der Pandemie ziehen – für einen grundlegenden Paradigmenwechsel bei der Unterbringung, Versorgung und Teilhabe von Geflüchteten

18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14261

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt auf Antrag von Berivan Aymaz (Grüne) eine Sachverständigenanhörung und will sich im Anschluss an die Sitzung darüber verständigen, ob die Anhörung schriftlich oder in Präsenz erfolgen soll.

8 Aktuelle Situation von Geflüchteten in den Landesunterkünften

19

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

9 Flutkatastrophe in NRW (Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 1])

24

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5599

– Wortbeiträge

10 Was trägt die Landesregierung in NRW zur Sicherheit von afghanischen Staatsangehörigen bei? (Bericht beantragt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]) **25**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5581

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

11 Verschiedenes **42**

- keine Wortbeiträge

* * *

2 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zu Ausgleichszahlungen für geduldete Personen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14244

Stellungnahme 17/4213

*(Überweisung an den Integrationsausschuss – federführend –,
an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 2. Juli 2021)*

Stefan Lenzen (FDP) dankt den Obleuten der Fraktionen für die schnelle Verständigung auf das weitere Beratungsverfahren. Dieses sei auch im Sinne der Kommunen, da sie so schnell Mittel erhalten könnten.

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

